

# Aargau



## Gesundheit ist kein Geschäftsmodell

**Die Diskussion um die geplante Privatisierung der Kantonsspitäler zeigt ein grundlegendes Missverständnis darüber, was Service public bedeutet.** Lucia Engeli, Lelia Hunziker und Barbara Stocker Kalberer, Grossrätinnen

Spitäler sind keine gewöhnlichen Unternehmen. Sie erfüllen einen gesetzlichen Auftrag: die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, jederzeit, flächendeckend und unabhängig von Rentabilität. Gerade deshalb ist die öffentliche Hand im Gesundheitswesen bewusst mehrfach eingebunden: als Bestellerin, Geldgeberin und Kontrolleurin. Diese «verschiedenen Hüte» sind kein Problem: Sie sind Voraussetzung dafür, dass der Auftrag überhaupt erfüllt werden kann. Wer diesen vermeintlichen Rollenkonflikt auflösen will, indem er die Spitäler privatisiert, verschiebt das Problem nicht. Er verschärft es!

### **Kontrollabbau erhöht das Risiko von Intransparenz und Fehlanreizen**

Mehr Privatisierung führt nicht zu mehr Effizienz, sondern zu mehr Gemauschel. Wenn

gleichzeitig ein staatlicher Versorgungsauftrag bestehen bleibt und der Staat im Notfall ohnehin einspringen muss, entsteht ein gefährliches System: Gewinne werden privatisiert, Risiken sozialisiert. Im Gesundheitswesen ist das besonders heikel. Es handelt sich um einen Bereich, der zwingend zur Verfügung stehen muss, auch dort, wo er sich nicht «rechnet». Genau deshalb darf er nicht den Logiken eines Marktes überlassen werden, der naturgemäss auf Gewinn ausgerichtet ist.

### **Menschen im Spital sind keine Kund:innen, sondern Patient:innen**

Das Gesundheitswesen ist kein Markt. Hospitalisierte Menschen sind keine Kund:innen, die sich frei entscheiden, ob sie eine Leistung «kaufen» wollen. Sie sind Patient:innen. Und: Sie sind auf eine funktionierende Versorgung

angewiesen. Die Umwandlung der Spitäler in Aktiengesellschaften hat diese Entwicklung überhaupt erst möglich gemacht. Sie hat das Missverstehen eines öffentlichen Auftrages eingeführt, welches heute so konsequent wie stupid weitergedacht werden soll. Der behauptete Widerspruch liegt jedoch nicht in der öffentlichen Verantwortung, sondern in der Vermischung von Service public und Gewinnerorientierung. Wenn wir es ernst meinen mit einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung, müssen wir diesen Fehler korrigieren. Spitäler gehören in die öffentliche Hand. Ihre Steuerung muss demokratisch legitimiert und transparent sein. Gesundheit ist kein Geschäftsmodell. Und der Staat kann sich aus seiner Verantwortung nicht einfach herausverkaufen.

Die Möglichkeit zur Privatisierung der Kantonsspitäler ist eine rote Linie. Deshalb hat die SP Aargau eine Petition zu diesem Thema lanciert.

### **Jetzt unterschreiben:**

► <https://spitalverkaufnein.ch>

# Vom Spargau zum Super-GAU?

**Wir haben die Wahl am 14. Juni: An die Urne gehen oder morgen die Bildung zu Grabe tragen. Bildung ist kein Luxus! Sondern Grundlage für Chancengerechtigkeit, Fachkräfte und Demokratie. Die Bildungsinitiative bietet die Chance, die letzten Sparrunden rückgängig zu machen.**

Teurer als Bildung ist nur keine Bildung. Diese Weisheit geht in unserem Kanton zunehmend vergessen. Der Aargau darf sich zu Recht «Spargau» nennen. Seit Jahren scheint Sparen die grösste Tugend. Diese Politik wird als «verantwortungsvoll» bezeichnet. In Wahrheit ist sie kurzfristig und teuer. Knappe Bildungsressourcen sind unfair gegenüber Kindern, Lehrpersonen und gegenüber der ganzen Gesellschaft.

Kann ein Kind seine Talente entfalten? Scheitert es am System? Schaffen Jugendliche eine Ausbildung? Sind sie integriert? Finden sie Anschluss und ihren Weg?

Gute Bildung ist dafür ausschlaggebend. Kinder brauchen Zeit, Förderung und Zukunftsperspektiven.

Gut ausgebildete Fachpersonen sichern den Wohlstand. Der Aargau weist eine hohe Zahl von Berufsmaturand:innen und Fachhochschulabsolvent:innen auf. Das verspricht Innovationskraft und wirtschaftliche Stabilität.

## **Bildung darf nicht totgespart werden**

Fachkräftemangel und die daraus entstehenden Folgekosten bedeuten einen ökonomischen Blindflug. Ein Aargau, in welchem die Brennstäbe die einzigen hellen Leuchten sind, ist das grösste anzunehmende Unglück. Der Super-GAU.

Gutes Personal kostet. Lehrpersonen sind spezialisierte Fachkräfte. Der Aargau als Arbeitgeber muss wettbewerbsfähige Bedingungen schaffen, um motiviertes Lehrpersonal mit hoher Arbeitsqualität zu halten. Lehrpersonen am Limit, fehlende Stellvertretungen, unqualifizierte Mitarbeitende und hoher Administrationsaufwand verschlechtern den



Colette Basler, Präsidentin Bildung Aargau

Unterricht. So wird der Mangel nicht gelöst, sondern verschärft.

## **Gute Bildung stärkt unsere Demokratie**

Gute Schulen fördern mündige Menschen. Denken, Diskutieren, Hinterfragen, Verantwortung übernehmen sind demokratische Grundkompetenzen. Sie werden in der Schule gelehrt.

Die Qualitätsziele der Schule Aargau verkommen zu Papiertigern. Im

Schulalltag fehlen Personal, Zeit und Ressourcen. Lehrpersonen sind überlastet und fühlen sich im Stich gelassen. Abwanderung in andere Berufe ist das Resultat. Was es braucht, sind nicht leere Versprechungen, sondern Verbindlichkeit.

Die Bildungsinitiative macht klar: Bildungsqualität ist eine staatliche Pflicht. Der Kanton muss Verantwortung übernehmen – finanziell, personell und mit klaren Rahmenbedingungen.

Wer Bildung ernst nimmt, investiert jetzt. Wer den Aargau stark halten will, stimmt der Bildungsinitiative zu. Damit der Aargau bildungstechnisch nicht zum Super-GAU wird: Jetzt abstimmen gehen!



Am 14. Juni stimmen wir über die Aargauische Volksinitiative «Bildungsqualität sichern – jetzt!» ab.



Wachstum um jeden Preis?

# Kontroverse um den Hitachi-Campus in Wettingen

Die geplante Richtplanänderung in Wettingen soll den Bau eines grossen Industriecampus ermöglichen. Sie wirft die Frage auf, wie wirtschaftliche Entwicklung und der Schutz von Landschaft und Kulturland gegeneinander abgewogen werden. Wie sehen das Regierungsrat Dieter Egli und Grossrätin Gabi Lauper?

Dieter Egli, Regierungsrat SP Aargau, Gabi Lauper, Grossrätin SP Aargau – Interview: Links AG

## Worum geht es bei dieser Vernehmlassung?

**Dieter:** «Wir sprechen hier über eine langfristige Standortentscheidung. Der Aargau steht im Wettbewerb um attraktive Industriearbeitsplätze. Mit dem Campus können wir bestehende Kapazitäten bündeln und ausbauen. Gleichzeitig bietet sich die Chance, die Raumentwicklung im Ostaargau geordnet zu gestalten – inklusive besserer ÖV-Anbindung und moderner Infrastruktur. Das ist letztlich nachhaltiger.»

**Gabi:** «Für mich geht es um eine Grundsatzzfrage der Raumplanung: Halten wir uns an unsere eigenen Regeln, oder eben nicht? Statt bestehende, unbebaute Arbeitszonen zu nutzen, soll dank Einzonung von 10,7 ha wieder auf der grünen Wiese gebaut werden können. Der Siedlungstrenngürtel und die Landschaftsspanne als grüne Achse im Agglomerationsgebiet wurden vor Jahren gemeinsam festgelegt. Wenn wir sie jetzt für ein

einzelnes Projekt reduzieren, verlieren diese Instrumente kantonal ihre Glaubwürdigkeit.»

## Was spricht für bzw. gegen die Richtplanänderung?

**Dieter:** «Die Ausgangslage ist klar: Es gibt in der Region keine geeigneten Flächen in dieser Grössenordnung. Wenn wir das Projekt ermöglichen, sichern wir nicht nur bestehende Arbeitsplätze, sondern schaffen neue in einem zukunftsrelevanten Bereich, der gerade auch für die Energiewende bzw. den Umgang mit dem Klimawandel wichtig ist. Zudem können wir im Verfahren verbindliche Anforderungen an Mobilität, Energie und ökologische Ausgleichsmassnahmen stellen.»

**Gabi:** «Was mich stört, ist die Präjudizwirkung. Wir reduzieren bestes Landwirtschaftsland, greifen in einen Siedlungstrenngürtel ein und stellen einen regional erarbeiteten Landschaftsplan infrage. Das ist nicht irgendeine Fläche, sondern Teil einer langfristigen

Entwicklungsvision. Und gleichzeitig bleiben zentrale Fragen offen: Beim Verkehr ist ungewiss, wann die S-Bahn-Haltestelle Tägerhard und die Limmattalbahn realisiert werden – voraussichtlich kaum bis zur Inbetriebnahme des Campus 2030 bzw. 2035. Die Verlagerung bestehender Arbeitsplätze bedeutet, dass diese anderswo verloren gehen. Die dortigen Arbeitnehmer:innen müssen somit wohl längere Arbeitswege in Kauf nehmen.

## Ist ein «Ja mit Vorbehalt» der richtige Weg?

**Dieter:** «Ich halte diesen Weg für richtig. Wir stehen vor grossen Transformationen – wirtschaftlich wie ökologisch. Diese lassen sich nur gestalten, wenn man Chancen nutzt und gleichzeitig klare Bedingungen setzt. Ein kategorisches Nein hilft niemandem weiter. Wir müssen immer im Einzelfall verschiedene Interessen gegeneinander abwägen.»

**Gabi:** «Ich verstehe den Ansatz, aber er ist riskant. Ein «Ja mit Vorbehalt» funktioniert nur, wenn die Bedingungen wirklich durchgesetzt werden – und genau da habe ich meine Zweifel. Wenn wir zentrale Prinzipien wie den Erhalt von Kulturland und Grünräumen relativieren, setzen wir ein Signal, das weit über dieses Projekt hinausgeht. Dann wird aus dem Einzelfall schnell die Regel.»

# Warum wir bei der Zuwanderung am Thema vorbeidiskutieren

Die 10-Millionen-Initiative der SVP ist Symbolpolitik in Reinform, ihre Annahme löst kein einziges Problem. Dennoch stösst sie auf viel Zustimmung. Weshalb tun wir uns als Gesellschaft so schwer damit, eine Unterhaltung zum Thema Zuwanderung zu führen?

Die Schweiz ist ein Einwanderungsland und das nicht erst seit gestern. Entsprechend wiederholen sich die Debatten zur Begrenzung der Zuwanderung. Gestern waren die Feindbilder jene, die den Gotthard-Basistunnel gebaut haben; heute sind es jene, die unsere Krankenhäuser am Laufen halten. Vor diesem Hintergrund sollte uns diese Initiative nicht überraschen – eher erstaunlich scheint es, dass wir aus linker Perspektive noch kein Rezept gegen das Bewirtschaften des Themas Zuwanderung um der Wähler:innenstimmen willen gefunden haben.

Urteilt man nach Zahlen und Fakten, sieht man folgendes Bild: Zuwanderung ist primär präzise gesteuerte Arbeitsmigration zum Profit der bürgerlichen Urheber:innen der Ini-



Wenzel Roth, Präsident  
Fachausschuss Asyl und  
Migration

tiative. Zugewanderte sind Nettozahler:innen in den Sozialwerken, und die demographischen Entwicklungen – die Geburtenrate liegt aktuell bei 1,29 – führen ohne Zuwanderung zu einem Bevölkerungsrückgang. Diese Realität der Stimmbevölkerung zu vermitteln, ist unsere Aufgabe – und dies nicht nur im Juni 2026 und bei der nächsten Anti-Zuwanderungs-Initiative. Denn zur Realität gehört immer auch die Wahrnehmung: Der sogenannte Dichtestress ist grösstenteils Einbildung (beziehungsweise erfolgreiche Kommunikation der SVP), wie eine Studie der ETH zeigt (Alrababah et al., 2024).

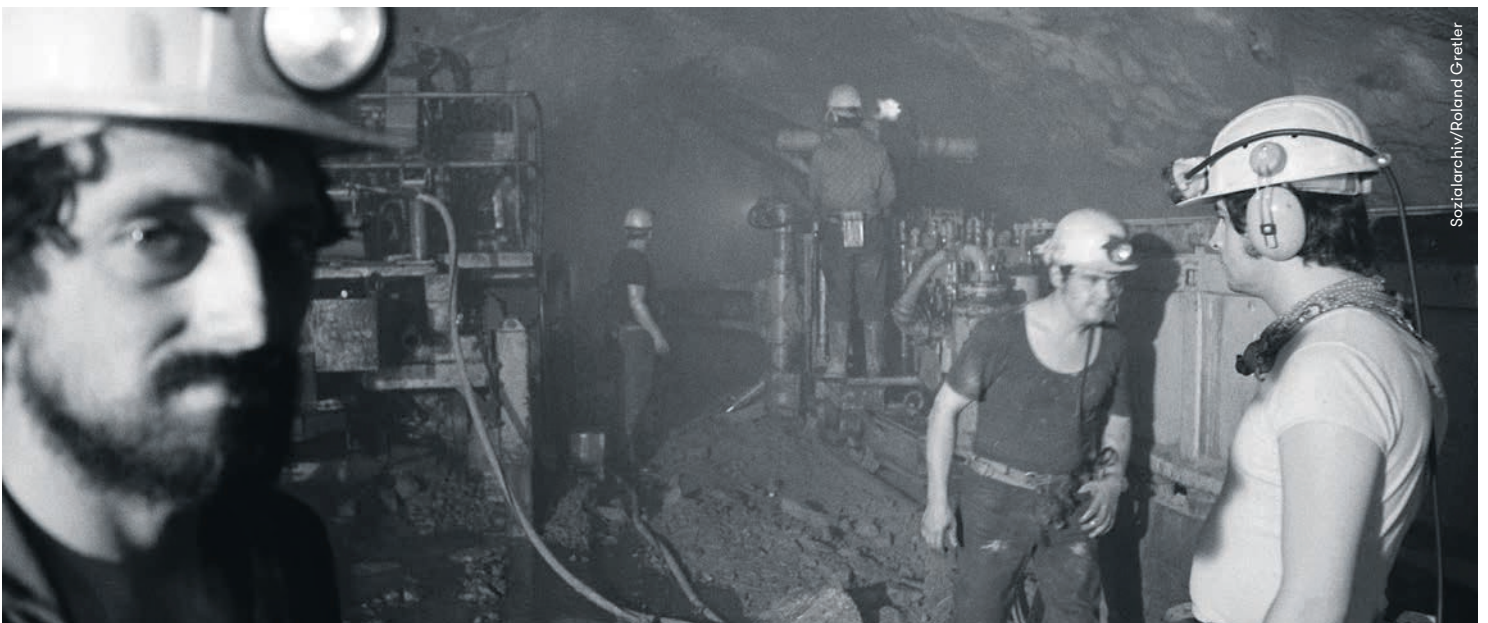
## Scheinlösungen statt Ursachenanalyse

Selbst dann diskutieren wir jedoch über die Folgen (Zuwanderung) anstatt über die Ursachen (Wachstum). Weil das Spiel mit der Angst vor Überfremdung funktioniert, wird die Diskussion über Zuwanderung zwangsläufig instrumentalisiert und auf dem Buckel der zugewanderten Menschen geführt. Auch abgesehen davon ist die Frage

«Wie viel Zuwanderung wollen wir?» jedoch fehlgeleitet. Zuwanderung ist ein direktes Resultat der Schweizer Wirtschafts- und Steuerpolitik, die strukturell auf Arbeitskräftezuwanderung angewiesen ist. Gerade deshalb propagieren die Initiativen der SVP auch stets so absurde Scheinlösungen wie das Festschreiben einer starren Bevölkerungsobergrenze in der Bundesverfassung. Die 10 Millionen repräsentieren eine scheinbar einfache, tatsächlich aber völlig irrelevante Messgrösse.

## Die richtigen Fragen stellen

Die SP muss in der Gesellschaft deshalb viel eher – gerade im Sinne der Solidarität mit Arbeitnehmenden – eine Unterhaltung zu den folgenden Fragen führen: Wie viel Wachstum wollen wir? Welche Art von Wachstum wollen wir? Und wie können wir dieses Wachstum ermöglichen? Die entsprechenden Anreize und Antworten existieren. Wir müssen nur die richtigen Fragen stellen. Der Weg aus der Sackgasse der Zuwanderungsdebatte führt mittel- und langfristig via Wirtschaftspolitik.



Sozialarchiv/Roland Gretler

In den 1970er-Jahren noch Feindbilder vieler Schweizer:innen: Gastarbeiter beim Bau des Gotthard-Strassentunnels.



# Gegen Rassismus, gegen SVP!

Mit der 10-Millionen-Schweiz will die SVP spalten und sich als Öko-Partei inszenieren: Rechtsextreme sollen plötzlich für Nachhaltigkeit stehen. Ihre proto-nationalistische Initiative übernimmt Narrative aus dem rechtsextremen Umfeld. Wir kämpfen weiter gegen Rassismus und gegen die SVP!

Die SVP hat keine echten Antworten auf die Wohnkrise, Klimakrise oder den Bildungsnotstand. Was sie hat, sind Feindbilder. Sie gibt sich patriotisch, doch interessiert sie sich vor allem für die Ausbeutung anderer Menschen, damit privilegierte Personen vom Notstand und der Armut von Menschen, die eine bessere Zukunft suchen, profitieren können. Das klingt nach Menschenfeindlichkeit, das klingt nach rechtem Hass.

## Rechtsextremismus mit Parteibuch

Wer noch an die harmlose «Volkspar-  
tei» glaubt, soll genauer hinschauen: Sarah Regez, «Strategiechefin»



Ugur Diktas, Co-Präsident  
JUSO Aargau

der Jungen SVP, sass an Vorträgen des Rechtsextremisten Martin Sellner. Teile der Partei predigen offen «Remigration». Marcel Dettling und Nils Fiechter schweigen. An der Delegiertenversammlung zur Initiative referierten Figuren aus dem Ecopop-Sumpf, deren Finanzierung niemand kennt. Die Volkspartei ist längst eine völkische Partei.

## Solidarität statt Spaltung

Wir wehren uns! Wir bleiben standhaft: gleiche Rechte für alle, hier und überall. Stimm- und Wahlrecht auch ohne Pass. Schluss mit dem diskriminierenden Zweiklassensystem, Schluss mit Racial Profiling und rassistischer Polizeigewalt. Ja zur Bekämpfung der Klimakatastrophe. Anstatt Ausländer:innen für alle Probleme anzufeuern, müssen System und Konzerne umgebaut werden. Wir fordern den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Regulierung der Immobilienspekulation und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Bei der SVP-Logik gewinnen ohnehin nur die Superreichen: Ihre

Profite steigen, während Löhne und Arbeitsbedingungen für alle sinken, auch für die Arbeiter:innen mit dem roten Pass.

Die JUSO AG kämpft weiter, auf der Strasse und an der Urne. Wir mobilisieren, wir stören, wir organisieren. Am 14. Juni legst du ein unmissverständliches Nein in die Urne. Und danach? Komm vorbei, organisiere mit. Oder schick deine Kinder zu uns, wir beißen schon nicht.

Die SVP schon. Rassismus stoppt nicht mit einem Urnengang, unser Kampf auch nicht.

**Gleiche  
Rechte  
für alle, hier  
und überall.**

Gegen den Kahlschlag

# Wirkung erzielen statt Leistungen kürzen!

**Staatliche Leistungen an die Staatsquote zu knüpfen, ist brandgefährlich. Es ist entlarvend, dass genau dies der Plan der FDP und SVP im Grossen Rat ist. Wir bieten die Antwort mit dem Public Value Budgeting: Probleme adressieren, Wirkung erzielen, soziale Lösungen finden.**

Die Debatte im Grossen Rat zeigt es einmal mehr: Die rechte Finanzpolitik reduziert sich allzu oft auf ein einziges Prinzip: Leistungsabbau und ein kaum mehr handlungsfähiger Staat. Das momentan bevorzugte Argument dafür ist eine «stabile» Staatsquote. Eine Kennzahl, die auf dem Bruttoinlandprodukt (BIP) beruht. Das Hauptproblem: Das BIP eines Kantons lässt sich nicht trennscharf messen, und seine Aussagekraft ist generell umstritten.

## Die Staatsquote als politischer Kampfbegriff

Die Staatsquote misst nicht, ob staatliche Leistungen sinnvoll sind und ob sie allen zugutekommen, die sie brauchen. Und sie misst schon gar nicht, welchen Beitrag sie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. Sie setzt schlicht die Ausgaben ins Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt. Wächst die Wirtschaft, sinkt die Quote. Schrumpft die Wirtschaft, steigt die Quote. In den Wirtschaftswissenschaften ist breit anerkannt, dass der Staat vor allem in unsicheren Zeiten mehr investieren sollte. Fun Fact: Das BIP wächst auch bei Katastrophen. Mehr Wertschöpfung heisst also nicht automatisch mehr Wohlstand. Darum ist es unsinnig, seine Ausgaben daran zu koppeln. Die Staatsquote ist nicht



Mia Jenni,  
Grossrätin SP Aargau



Rolf Schmid,  
Grossrat SP Aargau

mehr als ein libertäres Kampfmittel. Wer daraus politischen Handlungsbedarf ableitet, betreibt bestenfalls Vereinfachung, schlimmstenfalls bewusste Irreführung.

Trotzdem soll genau diese Kennzahl zur Guillotine gemacht werden: mit einer Staatsquotenbremse. Steigt die Quote, wird abgebaut. Punkt.

Selbst der bürgerliche Regierungsrat hält fest, dass die Staatsquote nichts über Effizienz oder Wirkung staatlichen Handelns aussagt. Dennoch soll sie politisch handlungsleitend sein. Diese Widersprüchlichkeit ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer Ideologie: Je kleiner der Staat, desto besser.

## Public Value Budgeting als Alternative

Mit dem Ansatz des Public Value Budgeting haben wir eine alternative, zielführende Perspektive eingebracht. Eine Perspektive, die den gesellschaftlichen Nutzen ins Zentrum stellt und staatliches Handeln an seiner Wirkung misst. Denn die entscheidenden Fragen sind doch: Welchen Wert schafft staatliches Handeln für die Gesellschaft? Wie tragen öffentliche Ausgaben zu Chancengleichheit, sozialer Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung bei? Und wie lässt sich dieser Beitrag sichtbar machen? Die Antwort

auf unsere Motion: «zu wenig ausgereift und nicht erprobt». Das ist nicht überzeugend. Denn politische Weiterentwicklung entsteht nicht durch Abwarten, sondern durch das Ausprobieren neuer Ansätze. Durch das Erkennen und Befriedigen der Bedürfnisse der Bevölkerung. Gerade angesichts der grossen Herausforderungen unserer Zeit – Klimakrise, demografischer Wandel, Care-Ökonomie – ist es fahrlässig, an Instrumenten festzuhalten, die zentrale Aspekte von Wohlstand ausblenden.

Die Debatte zeigt uns: Nicht unsere Vorschläge sind zu wenig ausgereift, sondern die bestehenden Massstäbe. Wer ernsthaft Politik für die Zukunft machen will, muss den Mut haben, alte Instrumente zu hinterfragen und Staatsabbau zu bekämpfen.

**«Die entscheidende Frage ist doch: Welchen Wert schafft staatliches Handeln für die Gesellschaft?»**

Trotz dreier krachender Niederlagen

# Mut zur Klima-Zukunft

Innert 13 Monaten sind drei Umwelt- und Klima-Initiativen der SP und der Grünen krachend gescheitert – mit nur 21,7 bis 30,2 Prozent Ja. Was diese Niederlagen auch bedeuteten: Jetzt können wir uns mit ganzer Kraft der Klima- und Energiewende zuwenden, wo sie eigentlich stattfinden muss – im Haus, im Quartier, in der Gemeinde, im Kanton.

Mit dem Projekt LUST – Leitfaden Umsetzung Stromgesetz – entwickelt die SP die richtigen Instrumente, damit alle dort anpacken können, wo sie leben, arbeiten und mitwirken wollen. Die Graswurzel-Energiewende nimmt Fahrt auf, auch dank der SP und auch im Aargau.

Niederlagen tun weh, können aber neue Kräfte freilegen. Sie zwingen uns zum Nachdenken. Hier informieren die Energie- und Klimaengagierten darüber, wie SP-Mitglieder anpacken können. Das Projekt LUST ist der Schlüssel dazu. Es startet am 5. September (siehe Kasten).

## Für die Energieproduktion sind die Gemeinden und Kantone verantwortlich

Die Verfassungen sind klar und deutlich: Die Kantone – nicht der Bund – haben die Verantwortung für die Energieversorgung und das Recht, selbst Strom zu produzieren. Darum gehören die 100 EVUs (Energieverteilungsunternehmen) im Aargau alle den Gemeinden und dem Kanton. Und der Kanton Aargau besitzt 28 Prozent der AXPO, die allein 22,4 TWh Strom produziert (28 % davon sind 6,3 TWh).

## Das Stromgesetz will den PV-Strom schnell ausbauen

Die Schweizer Bevölkerung hat im Juni 2024 mit 69 Prozent Ja beschlossen, dass bis 2035 zusätzlich 35 TWh erneuerbarer Strom produziert werden sollen. Für den Kanton Aargau sind das zusätzliche 2,8 TWh. Technisch ist das kein Problem, denn die geeigneten Dächer und Infrastrukturanlagen im Aargau haben ein Potenzial für mehr als 7 TWh.

Die Gemeinden haben es in der Hand, denn sie haben die politische Verantwortung. Ausführen müssen es die gemeindeeigenen EVUs und die Hausbesitzenden sowie die Bewohner:innen und Mieter:innen. Im Moment sind alle noch etwas im Dornröschenschlaf. Die bitteren Niederlagen haben uns aufgeschreckt. Wir müssen es jetzt selber in die Hand nehmen – die SP liefert die Instrumente dazu.

## Quartierbatterien machen den lokalen PV-Strom wertvoll

Während PV-Anlagen von 8 bis 18 Uhr Strom produzieren, brauchen wir den Strom auch abends und am Morgen. Batterien, die immer billiger werden, sorgen dafür, dass wir

unseren Strom zu 100 Prozent selbst nutzen können. Die EVUs haben eine neue, sehr wichtige Aufgabe (im Leitfaden: «Batterie-Planung»).

## LEG und ZEV sind die neuen Instrumente für solidarische Strom-Gemeinschaften

Dank dem Instrument der ZEV können alle Mieter:innen den Strom vom Dach ihrer Liegenschaft nutzen. Damit der PV-Strom in der Gemeinde produziert und gleich auch dort günstig konsumiert (kleine Netze) werden kann, gibt es jetzt das Instrument der LEG (Lokale Energie-Gemeinschaft). Die SP weiss, wie diese lokalen Energie-Gemeinschaften gestartet und politisch und technisch umgesetzt werden können (im Leitfaden: «ZEV und LEG»).

## Dank der neuen Eigentümerstrategie werden unsere EVUs zu Pionieren der Energiewende

Unsere EVUs müssen jetzt umdenken. Sie müssen Partner der vielen lokalen PV-Stromproduzenten werden, Quartierbatteriespeicher aufbauen und LEG und ZEV fördern. Das müssen wir in den neuen Eigentümerstrategien festhalten (im Leitfaden: «Eigentümerstrategie»).



Leo Keller, Präsident  
Fachausschuss Energie  
und Klima



Photovoltaik in Kombination mit Quartierbatterien: Solarstrom aus der Region für die Region.

## LUST: Leitfaden Umsetzung Stromgesetz

Der SPS-Parteitag hat im Oktober 2024 in Davos der Themenkommission Klima & Energie den Auftrag erteilt, einen Leitfaden zur Umsetzung des Stromgesetzes in den Gemeinden und Kantonen zu erarbeiten. Dieser besteht aus 13 verschiedenen Instrumenten. Sie richten sich an Gemeindeexekutive, Parlamentarier:innen, Sektionen, Mitglieder, Hausgenossenschaften etc. Anmeldungen und Bestellungen bei:  
[info@sps-klimaundenergie.ch](mailto:info@sps-klimaundenergie.ch)

SP 60+ Aargau

# Weniger Struktur, mehr Wirkung

Seit ihrer Gründung 2018 hat die SP 60+ Aargau viel bewegt. Nun folgt der nächste Schritt. Statt starrer Vereinsstrukturen setzt sie künftig auf ein flexibles Netzwerk, das politisches Engagement stärkt und die Erfahrungen der älteren Generation gezielter einbringt.



Ruth Schmid und Heinz Rügger, SP 60+ Aargau  
Lucia Engeli, Co-Präsidentin SP Aargau

## Nicht Strukturen schaffen Bewegung – sondern gemein- sames Handeln

Die SP 60+ Aargau hat politische Debatten angestossen, Veranstaltungen organisiert, sich in Vernehmlassungen eingebracht und eine Nationalratswahl-Unterliste gestellt. Dieses Engagement war nie Selbstzweck. Es hat dazu beigetragen, sozialdemokratische Politik breiter abzustützen und wichtige Erfahrungen einzubringen.

Gleichzeitig wurde in den letzten Jahren immer deutlicher: Die klassische Vereinsstruktur mit Vorstand, Sitzungen und formellen Abläufen band zunehmend Energie. Energie, die in der politischen Arbeit fehlte. Auch wurde es schwieriger, Vorstandsmitglieder zu finden. Die Bildungsveranstaltungen waren nicht gut besucht, sodass der Aufwand oft nicht mehr im Verhältnis zur Wirkung stand.

### Weiterentwicklung statt Auflösung

An der Generalversammlung vom 26. März 2026 wurde deshalb über die Auflösung dieser Vereinsstruktur gesprochen. Ein wichtiger Entscheid wurde gefällt: Nicht die Auflösung der SP 60+ Aargau, sondern ihre Weiterentwicklung soll angestrebt werden. Einstimmig wurde beschlossen, einen neuen Weg zu gehen und die Untergruppe in ein «Netzwerk 60+ Aargau» zu überführen.

Und so stellen wir uns das vor: Das neue Netzwerk verzichtet bewusst auf starre Ver-

einsstrukturen. Stattdessen steht das im Zentrum, worum es immer ging: politisches Engagement. Mitglieder können sich weiterhin punktuell und themenbezogen einbringen, sei es bei Vernehmlassungen, in Kampagnen, bei der Erarbeitung von Positionen oder mit eigenen Beiträgen. Die Netzwerkstruktur soll vor allem aktiver von der Kantonalpartei genutzt werden, damit die Meinung der älteren Generation systematisch zum Tragen kommt. Der Budgetposten bleibt auch bestehen. Ausserdem bleibt die Verbindung zur SP 60+ Schweiz bestehen. Wir haben gelernt: Nicht Strukturen schaffen Bewegung, sondern gemeinsames Handeln.

### Netzwerk im Aufbau

Als erster Schritt wird nun das Netzwerk aufgebaut: Wer möchte sich für welches Thema und auf welcher Ebene engagieren? Die Kontaktaufnahme und das Involvieren für bestimmte Anliegen sollen damit gezielter und dynamischer möglich werden. Diese Zusammenarbeit im Netzwerk wird im Rahmen eines einjährigen Pilotprojekts erprobt. Danach wird gemeinsam ausgewertet, wie sich diese Form bewährt hat und wie die zukünftige Organisation aussehen soll.

Die Umwandlung ist kein Rückzug. Sie ist Ausdruck des Willens, die Stimme der älteren Generation zu stärken. Denn klar ist: Die Erfahrung, die Perspektive und das Engagement der über 60-Jährigen bleiben ein unverzichtbarer Teil unserer politischen Arbeit. Und das Feuer, dieser Stimme Gehör zu verschaffen, war an der GV klar spürbar – wir hoffen, dass die neuen Strukturen dazu führen, dass die Stimme bald überall hörbar wird.

## Abstimmungs- parolen 14. Juni 2026

- **Nein** zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»
- **Nein** zur Revision des Zivildienstgesetzes
- **Ja** zur Aargauischen Volksinitiative «Bildungsqualität sichern – jetzt!»
- **Stimmfreigabe** beim Referendum VERAS

## Agenda

SP Kanton Aargau

**4. Juni 2026,  
18.30 bis 21 Uhr**  
**Bildungsveranstaltung**  
**«Feministische Bildung»**  
Input von Laura Pascolin  
zum Thema Gender  
Budgeting  
Rathausaal, Stadtkanzlei,  
Rathausgasse 1, Aarau

**13. Juni 2026,  
13 bis 16 Uhr**  
**Care-Markt,**  
**«who cares?»**  
Feministisches  
Streikkollektiv Aargau  
Markthalle Aarau,  
Aarau

**24. Juni 2026, 19 Uhr**  
**(Apéro um 18.30 Uhr)**  
**«Bern direkt» – Sommer-**  
**session, ein gemein-**  
**samer Rückblick**  
Rathausaal Wettingen,  
Alberich Zwyszig-  
strasse 76, Wettingen